

Danziger Zeitung.



No 7095.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 Sgr. Auswärts 1 R. 20 Sgr. — Inserate, pro Petit-Zeile 2 Sgr., nehmen an: in Berlin: A. Neumeier und Rud. Wosse; in Leipzig: Eugen Fort und G. Engler; in Hamburg: Hasenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Elbing: Neumann-Gartmann's Buchhandl.

1872.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 17. Jan. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Ernennung des bisherigen cisleithanischen Finanzministers Frhr. v. Holzgethan zum Reichsfinanzminister, so wie die des bisherigen Statthalters von Triest, Baron de Pretis, zum cisleithanischen Finanzminister. Wie die „Vorstadtzeitung“ erfährt, findet Baron de Pretis Kassenbestände in Höhe von fast 97 Millionen Gulden vor.

Bern, 17. Jan. Der Ständerath trat heute mit 24 gegen 17 Stimmen dem Beschlusse des Nationalraths, betreffend die Centralisation des Militärwesens, mit einem unwesentlichen Zusatz bei. — Der Nationalrath hat mit 64 gegen 7 Stimmen den Antrag Bleubers, die Frage wegen der Beseitigung des Ständerathes an eine Commission zu verweisen, verworfen.

London, 17. Jan. Den nunmehr getroffenen Bestimmungen zufolge wird die Königin das Parlament in Person eröffnen. — Der Contract, betreffend die Herstellung des neuen transatlantischen Kabels ist gutem Vernehmen nach unterzeichnet worden.

Haag, 17. Jan. Die erste Kammer hat den Vertrag mit Großbritannien, betreffend die Abtretung von holländischen Gebieten auf der Küste von Guinea, mit 29 gegen 8 Stimmen angenommen.

Stockholm, 17. Jan. Der Reichstag wurde heute durch den König in Person eröffnet. Die Thronrede hebt die vortreffliche finanzielle Lage des Königreichs hervor und kündigt mehrere Regierungs-Vorlagen, betreffend die Herabsetzung von Steuern, an. Eine Vorlage über die Herabsetzung der Steuern des Reichthums nicht zugehen, sondern nur die Bewilligung der zur Fortsetzung der Befestigungsarbeiten erforderlichen Geldmittel begehrt werden. — Die vorjährigen Präsidenten und Vizepräsidenten der Kammern wurden für die bevorstehende Session wiederernannt.

Die Ueberweisung der Gebäudesteuer an die Gemeinden und Communalverbände.

(Schluß.) Die Ueberweisung der Gebäudesteuer an die Gemeinden und Communal- oder Kreisverbände — das verkennen wir nicht — kann nur der Anfang einer größeren Reform sein. Nachfolgend muß die Ueberweisung wenigstens eines Theiles der Grundsteuer und zwar gleichzeitig mit einer Uebertragung verschiedener Titel aus dem Ausgabe-Etat des Staatshaushalts auf die Ausgabe-Etats der Provinzen und Kreise. Kommt, wie wir immer noch hoffen, eine neue Kreisordnung in dieser Session zu Stande und in der nächsten eine andere Provinzialordnung, so steht kein Hinderniß mehr im Wege, den schon lange gehegten Plan endlich zur Ausführung zu bringen, einen Theil der Arbeiten, die jetzt den Centralbehörden und der Landesvertretung obliegen, den Provinzial- und Kreisorganen zuzuwenden.

Die Unterhaltung und der Neubau der Chaussees, für welche allein in diesem Jahre im Staatsbudget über 5 Millionen Thaler ausgesetzt sind, die Fürsorge für die Schulen — auch für die höheren Schulen — und mehrere andere Dinge, über welche jetzt von Staatswegen in Berlin beschloffen wird und die von Berlin aus verwaltet werden, gehören naturgemäß in die Kreise und Provinzen. Nun auf diesem Wege ist die so viel gewünschte Entlastung der Staatsbedürfnisse zu erreichen, nur so kann die große, kaum noch zu überwindende Masse der parlamentarischen Arbeit am Sitz der Reichs- und Landesregierung vermindert werden. So lange durch den Staatshaushaltsetat und durch die Centralinstanzen für einen großen Theil der Localbedürfnisse gesorgt werden soll, wird man es auch natürlich finden müssen, daß in der Landesvertretung bei der Budgetberathung oder sonst die Localinteressen geltend gemacht werden. Löst man die Ausgaben für die Unterhaltung und den Neubau von Chaussees vom Staatsbudget ab, so wird man auch keine Ursache mehr haben, sich darüber zu beklagen, daß über den Zustand und den Mangel der Chaussees in irgend einem beliebigen Kreise des

Staats, der den meisten Mitgliedern der Landesvertretung kaum dem Namen nach bekannt ist, eine weitläufige Verhandlung geführt wird.

Die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer fällt zusammen mit der Verabreichung der Kreisordnung. Durch jene ist ein Ersatz für die bisher mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadtgemeinden geboten, für diese schafft man bei ihrem Ansiedelwerden ein vorzügliches Fundament, wenn man die Kreise durch Ueberweisung von Fonds, die der Staat entbehren kann, finanziell kräftigt. Läßt man die jetzige Gelegenheit vorübergehen, nach dieser Richtung Bahn zu brechen, so verlegt man die gewünschten Reformen in nicht absehbare Ferne.

Es ist die Absicht der Staatsregierung, durch die Streichung der Klassensteuerstufe 1a. baldmöglichst eine Steuererleichterung herbeizuführen. Das wollen wir ebenfalls und wir glauben, diese Absicht wird wirklich und in gerechter Weise erreicht, wenn die Staatsregierung dem Landtage noch in diesem Jahre in der Herbstsession eine Vorlage macht, durch welche die Klassensteuer aufgehoben und diese und die klassifizierte Einkommensteuer durch eine allgemeine Einkommensteuer ersetzt wird, welche auf Grund von Selbstbesteuerung erhoben wird und zwar nur mit soviel Monatsraten erhoben wird, als die jeweiligen Bedürfnisse des Staates es erforderlich machen. Bei einer solchen Reform wird man selbst darauf Bedacht nehmen, daß die ärmeren Volksklassen gleichmäßig erleichtert werden. Die einfache Streichung der Stufe 1a. — das hören wir von erfahrenen und mit den Verhältnissen vertrauten Männern aus den meisten Landkreisen — würde auch abgesehen davon, daß für das Geringe meist die Gutsherrschaft die 15 % Klassensteuer zahlt, einen großen Theil der Kosten erleichtern, die der Erleichterung weniger bedürfen, als die in den andern Stufen befindlichen Röhner, kleinen Gewerbetreibenden, Lohnarbeiter etc. Die Maßregel würde nur Unzufriedenheit hervorrufen. Außerdem — und das fällt für uns ebenfalls schwer in's Gewicht — ist keinerlei Garantie vorhanden, daß nicht ein erheblicher Theil der jetzt in 1a. Eingeklassierten über kurz oder lang in die höheren Stufen übergeführt würden. Die Stufen 1a., 1b. und 2 sind keineswegs so bestimmt abgegrenzt, daß eine solche Ueberführung nicht zu befürchten wäre. Um nur ein Beispiel anzuführen: Der Unterschied zwischen „gewöhnlichem Tagelöhner“ und „Lohnarbeiter“ ist gewiß nicht so präcis festzustellen, daß man nicht in vielen Fällen jenen zu diesem machen kann. Will die Regierung die Klassensteuer, welche sich überlebt hat, reformieren und zwar von Grund aus, so kann sie das noch in diesem Jahre thun. Mit einer solchen Reform wird sie mehr erreichen, als mit der einfachen Streichung einer Stufe.

Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung am 17. Januar.

Die zur Vorberathung des Pensionsgesetzes gewählte Commission hat sich constituirt: Vorsitzender: Poene. — Etat der Eisenbahnverwaltung. Antrag der Commisarien, die Regierung aufzufordern, die von ihr bereits getroffenen Maßnahmen behufs Befestigung der jetzigen Verkehrsbedingungen zu vervollständigen und die Wiederkehr ähnlicher Calamitäten möglichst zu verhindern. — Abg. Overweg schildert die Wirkungen der Betriebsstörungen auf den Fabrikbetrieb und den Handel. Nicht bloß während des Krieges, sondern auch nachher sind die tüchtigsten Beamten nach dem Elsaß dirigirt. Andere Beamte sind schwer zu bekommen, da die Regierung von ihnen die formelle Qualifikation von Staatsbeamten verlangt. Bis zur Rückkehr der Beamten sollte doch diese strenge Bestimmung suspendirt werden. Reg.-Comm. Weishaupt: Es müßte eingeräumt werden, daß die Verkehrsbedingungen auf den weissen Bahnen Manches zu wünschen übrig lassen. Die Ursachen sind die Störungen in Folge des Krieges, die Ermüdung und Abspannung des Personals, die Abnutzung des Materials, die Unmöglichkeit es rasch

zu ergänzen und die Entsendung nach dem Elsaß. Die Vermehrungen konnten nicht rasch genug erfolgen. Dazu der gewaltige Aufschwung des Verkehrs, die Zuführung einer Menge von Stoffen, die früher den Weg durch Frankreich suchten; der frühe Winter, die Verkehrsstörungen durch Anfälle, die hohen Kohlenpreise und der Wunsch der Kohlenbesitzer, davon natürlich so rasch wie möglich zu profitieren. Die Regierung und die Eisenbahnverwaltung haben diesen Zuständen keinwegs mit getreuten Armen gegenübergestanden, sondern wader und energisch eingegriffen, um die alte Ordnung, Regelmäßigkeit und Sicherheit wieder herzustellen. Indes hat sich die Ausrüstung der Staatsbahnen nicht so ungünstig gestellt, wie Vorredner ansah, wenn man sie mit der der Privatbahnen vergleicht. Für die Beurtheilung der Ausrüstung einer Bahn ist nicht die Weizenzahl, sondern die Frequenz, die Tracierung, die Verhältnisse der Locomotiven zur Steigung der Bahn maßgebend. Auf mancher Bahn ist eine Locomotive pro Meile zu viel, auf mancher sind vier zu wenig, und gerade 1869 waren die Staatsbahnen pro 10,000 Fußmeilen eben so gut ausgerüstet, wie die Privatbahnen. Was die Erhöhung der Gehälter betrifft, in Betreff deren dem Hause die Vorlage des Finanzministers vorliegt, so werden dieselben Sätze, welche für die Beamten der Staatsbahnen beschloffen werden, auch auf die der Privatbahnen übertragen werden, die der Staat verwaltet. — Abg. v. Vanda: Der Antrag der Commisarien ist anscheinend eine Mahnung an die Staatsregierung; in Wahrheit enthält er in seinem ersten Theile ein Anerkennungsgesetz, in seinem zweiten ein Vertrauensvotum für dieselbe; ich kann ihm deshalb nicht zustimmen. Was die Vergangenheit anbetrifft, so bestreite ich aufs entschiedenste, daß die großen Uebelstände lediglich im Kriege ihre Ursachen haben; der Krieg hat in allen Ländern ähnliche Zustände veranlaßt, aber die besonders acute Art, die sie bei uns angenommen haben, ist eine Folge von alten Sünden, für die der Handelsminister allerdings verantwortlich ist. Ich habe früher stets gemahnt, die Eisenbahnverwaltung nicht als melkende Kuh zu behandeln; als vor drei oder vier Jahren der Handelsminister an den Ausgaben 1,200,000 A. sparen wollte, lobte man diese Sparanleihe. Den sehr eindringlichen Mahnungen der Uebelstände der letzten Jahre gegenüber stellte sich unsere Eisenbahnverwaltung auf den hochmüthigen Standpunkt einer streng abweisenden Bureaucratie; aber ich wollte von der Vergangenheit ganz absehen, wenn ich nur in die Zukunft Vertrauen haben könnte. Locomotiven und Wagen werden gebaut, aber die tiefliegenden Ursachen der jetzigen Mängel werden nicht geheilt werden. Zur richtigen Verwaltung des Eisenbahnwesens gehört nicht nur ein sehr großes, organisatorisches Talent, das den Verwaltungen von 50 oder 60 Societäten gegenüber den Kopf oben behält, sondern vor allem eine bestimmte, feste Eisenbahnpolitik. Ueber den Mangel einer solchen haben wir oft Klage erhoben, aber ohne Resultat. Ich habe kein Vertrauen, daß unsere jetzige Eisenbahnverwaltung die alten Geleise und Erinnerungen verlassen wird; deshalb habe ich immer darauf gedrungen, daß die Eisenbahn-Verwaltung centralisirt und vom Reich übernommen würde und ich bedauere, daß die Commisarien diesem Gedanken nicht in einer Resolution Ausdruck gegeben haben. Der Handelsminister hat plötzlich die Entscheidung gemacht, daß das Staatseisenbahnsystem das allein richtige sei. Das spricht derselbe Minister aus, unter dem die Köln-Mindener Bahn preisgegeben wurde, der die Braunschweiger Verträge in ihrer ursprünglichen, wahrhaft unheilvollen Fassung bekräftigte, der in einem Athem die Staatseisenbahnen empfiehlt und sich über den Widerspruch beklagt, den wir dem Verkauf der Westphälischen Bahn entgegensetzen. Mir schwebt noch zu sehr in der Erinnerung jener Tag, als der Handelsminister sich feierlich von dem System der Generalentreprise löst, als er die Prämienanleihe von 100 Millionen befürwortete.

(Der Präsident ersucht den Redner, bei der Sache zu bleiben). Ich glaube bei der Sache zu sein, da ich meinen Widerspruch gegen den Antrag begründe. Die Gehaltsverbesserungen der Beamten genügen nicht; der Fehler liegt tiefer im System. Der Handelsminister sprach neulich von den den Eisenbahnbeamten imputirten Bestechungen in einer Weise, welche die Schamröthe in die Stirn jedes ehrlichen Preußen treiben muß. Entweder sind diese Gerüchte unbegründet, und dann hätte der Minister weit bessere Worte gebrauchen müssen, oder sie sind auch nur zum kleinsten Theil begründet, dann hat er allein dafür die Verantwortung zu tragen und darf sich ihr nicht wegen der Schwierigkeit der Untersuchung oder ähnlicher Entschuldigungsgründe entziehen. — Der Handelsminister: In Ihrer Hand liegt es zum Theil, die nöthigen Betriebsmittel schnell zu beschaffen; nehmen Sie möglichst bald die Befehle über neue Eisenbahnen an; die in denselben geforderten Quantitäten Betriebsmitteln können sofort beschafft werden und werden dann unseren jetzigen Bahnen zu Gute kommen, bis die neuen gebaut sind. Im Juni v. J. sandte ich besondere Commisare nach Oesterreich, Belgien, England, um Alles zu miethen oder zu kaufen, was irgend da war, leider war es nur wenig, denn in jenen Ländern herrschte dieselbe Calamität. Das nöthige Material und Personal mußte nach Elsaß-Lothringen geschafft werden, denn das französische konnten wir nicht bezihen. Am 28. Dez. waren dort auch noch 582 Beamte der preuß. Staatsbahnen; jetzt sind die Verhältnisse etwas besser und ich werde alles anstrengen, damit möglichst bald Personal wie Material zurückkehrt. Der Vorredner irrt vollständig, wenn er mich den Protektor der Hundertmillionenprämienanleihe nennt; ich war gerade die Veranlassung, daß die Sache vor den Landtag gebracht wurde. Er irrt ebenso, wenn er mir einen Systemwechsel vorwirft. Ich habe allezeit das Staatseisenbahnsystem für das Beste gehalten und ich sehe für die Zukunft keinen Anlaß, von dieser Ansicht abzugeben, so daß ich mich seinen traurigen Erwartungen nicht hingeben kann. (Heiterkeit.) — Abg. Hammacher: Ich würde mich gern dem Abg. v. Vanda anschließen, wenn nicht die Gerechtigkeit erforderte, in der Verwaltung des Herrn Handelsministers auch viele Lichtseiten anzuerkennen. Man hat gegen die Anträge der Commisarien eingewendet, daß es unconstitutionell sei, der Regierung aus eigener Initiative größere Mittel zu bieten, als sie selbst verlange. Nun hat aber der Handelsminister die Pflicht, darüber zu wachen, daß die von ihm verwalteten Bahnen mit dem erforderlichen Betriebsmaterial ausreichend versehen sind; es kann also sicher keine Verletzung der constitutionellen Grundsätze sein, wenn wir ihn durch unsere Resolution an diese gesetzliche Pflicht erinnern. Die Calamität, welche zum Theil darin ihren Grund hat, daß das Ministerium, an den alten Traditionen des Monopolschutzes haftend, sich noch immer nicht recht einschließen kann, sich an ein freies und freies Concurrenzwesen zu gewöhnen, trifft vorzugsweise gerade die industriell gehobenen Theile unseres Vaterlandes. Nur auf der Basis objectiver Discussion können wirtschaftliche Schäden beseitigt werden; in diesem Sinne haben die Commisarien des Hauses ihre Anträge gestellt, in diesem Sinne empfehle ich Ihnen deren Annahme. — Der Antrag auf I. der Commisarien wird hierauf mit sehr großer Majorität angenommen. Der Antrag II., welcher dahin geht, die Regierung aufzufordern, Einrichtungen zu treffen, daß die Central-Directionen der größeren Bahnen von untergeordneten Geschäften entlastet und zu diesem Zwecke besondere Unterbehörden (Betriebs-Commissionen) etabliert, sowie daß durch Gewährung von Localzulagen die örtlichen Preisdifferenzen der nothwendigen Lebensbedürfnisse ausgeglichen werden, wird vom Abg. v. Eise eingehend motivirt und darauf fast einstimmig angenommen.

In der Specialdiskussion klagt Abg. Weber

Stadt-Theater.

Das Gastspiel des berühmten Künstlerpaares Artot-Padilla wurde gestern, wie vorauszusehen war, mit glänzendem Erfolge eröffnet. Zwei solche Künstler in einer Oper neben einander wirken zu sehen, mußte unendlich genussreich sein, noch dazu in einer Oper, welche der Kunstführung der Gäste so vollkommen zugut, wie Rossini's „Barbier von Sevilla“. Beide Künstler repräsentirten die italienische Gesangsweise von der denkbar feinsten Art, mit einem Geschma, einer Virtuosität und Leichtigkeit der Production, die auch den eifrigsten Gegner wässcher Musik zum Entzücken befehren mußte. Frau Artot ist eine Gesangsvirtuosin, deren Technik man mit dem größten Maße der Vollendung messen darf, sie wird in ihren Leistungen doch noch über die höchsten Ansprüche des Hörs hinausgehen. Sie beherrscht ihre volle, umfangreiche, in allen Tönen wunderbar leicht ansprechende Stimme mit der Sicherheit, wie ein Virtuose sein Instrument. Sie spielt gewissermaßen auf der Stimme, als wäre deren Mechanismus ganz unabhängig von der Inhaberin. Man ahnt kaum, daß diese reiche Fülle von Gesangsarabesken, von Tänzen, Fiorituren, Trillern, die in ununterbrochener Kette einander folgen, durch menschlichen Athem hervorgerufen werden. Es ist wirklich unglaublich, welche Menge von Tönen Fr. Artot mitunter durch einen Hauch ihres Mundes erzeugt. Eine so perfecte Meisterschaft nach dieser Seite hat Referent noch bei keiner andern Gesangsvirtuosin wahrgenommen und man wird kaum fehlgreifen, wenn man unserer berühmten Gastin unter allen Coloraturfängerinnen der Gegenwart die Palme

zuertheilt. Die Rosine im „Barbier“ hat von jeher die Bestimmung, der Virtuosität zur Folie zu dienen. Sie ist eine durchaus concertante Opernpartie, die einer Sängerin den freiesten Spielraum gewährt für die Entfaltung einer bis zur höchsten Bravour ausgebildeten Technik. Die Rosine gestaltet willkürliche Ausschmüdigungen und fremde Einlagen, und von dem wirklichen Rossini bleibt manchmal wenig genug übrig. Frau Artot benutzte die Arie auch nur zur Grundlage für umfangreiche Beleuchtung ihrer Virtuosität und producirt manche originelle, bisher noch nicht gehörte Alliance, die theils durch Kühnheit überraschte, theils durch Grazie anmuthete. Das große Wirken dieser Kunst, auch bei dem Gatten der Frau Artot, ist es überhaupt, was um so größeren Genuss gewährt, als es bei deutschen Sängern nur zu häufig in den Hintergrund tritt. Grazie war auch diejenige Eigenschaft, welche Herrn Padilla als Figaro auszeichnete. Da war weder im Gesange noch in der Darstellung ein Abmühen oder ein Outiren bemerkbar. Eine quecksilberne Natur wie Figaro, ein so lebenslustiger, launiger Schelm muß äußerlich lebenswürdig geartet sein, leicht, gewandt, gracios. Das liegt schon in dem Champagnerchaum der Musik zur Auftritts-Arie, die Herr Padilla so prächtig illustrirte, wie wir sie kaum bisher in dieser eleganten, leicht sprudelnden Weise gehört haben. Das harmonische Zusammenwirken beider Künstler in dem Duett gehörte selbstverständlich zu den genussreichsten Momenten des Abends, die höchstens noch in den Einlagen der Frau Artot eine Steigerung erfuhren. Als ungemein reizend

durch pikante und zarte Melodie und durch vollendete Kunstfähigkeit der Ausführung ist die spanische Romange la Mandolinata zu bezeichnen, die denn auch in einer Weise electrifirte, daß die Künstlerin dem stürmischen Verlangen nach einer Wiederholung nachzugeben sich veranlaßt fand. Der Balsehe Schluszwahler, in dem Glanze solcher Virtuosität strahlend, bewirkte einen dreimaligen Hervorruf der geehrten Künstlerin. — Gleichzeitig mit dem Künstlerpaar Artot-Padilla ist noch eine andere Sängerin, der renomirte Helvetenorist Herr Ferenczy, hier eingetroffen, mit dem Herr Director Lang schon seit längerer Zeit für die Mitte des Jahres ein Gastspiel contrahirt hatte. Dieses Zusammentreffen ist die Folge des wegen Unwohlseins der Frau Artot verspäteten Artot-Padilla'schen Gastspiels. Da nun ein gesondertes Gastspiel in verschiedenen Opern unmöglich zu bewerkstelligen ist, so bietet sich Herrn Lang, der seinen Verpflichtungen gegen Herrn Ferenczy genügen muß, das Ausfuhrsmittel dar, alle drei Künstler zugleich auftreten zu lassen. Dieses combinirte Gastspiel von drei Celebritäten ist für Danzig sicher als ein hochfestliches und einen in seiner Art einzig dastehenden Kunstgenuss verheißendes Ereignis zu betachten. Da aber der Honorarstat sich dabei wieder um ein Ansehnliches steigert, so sieht sich die Direction genöthigt, den Eintrittspreis von einem Thaler für die ersten Plätze um zehn Silbergrößen zu erhöhen. Sicher ist dieses Entree für den Werth des Dargebotenen nicht zu hoch bemessen und die Opernfremde werden das geringe Mehroprocent gewiß gerne darbringen.

„Shakespeare. Sein Leben und seine Werke“

ist der Titel eines neuen Buches von Rudolph Genée, das so eben im Bibliographischen Institut in Hildburghausen erschien. Wie schon in seiner früher erschienenen ebenso wichtigen als interessanten „Geschichte der Shakespeare'schen Dramen in Deutschland“, so läßt der Verfasser auch in diesem neuen Werke vor Allem die historischen Thatsachen reden. Der erste Abschnitt des Buches enthält eine auf den neuesten historischen Forschungen der englischen Literatur beruhende Biographie des Dichters, verbunden mit sehr reichen und interessanten Mittheilungen über das altenglische Theater. Die Wichtigkeit dieser Mittheilungen wird noch erhöht durch die in den Text gedruckten Holzschnitte. Der zweite Abschnitt bringt eine umfassende Uebersicht der ältesten englischen Ausgaben der Shakespeare'schen Stücke, wobei wir ebenfalls vielen wichtigen Mittheilungen zum ersten Male in der deutschen Shakespeare-Literatur begegnen. In dem ästhetischen Urtheil über die einzelnen Dramen macht der Verfasser gegen die Ueberschwenglichkeiten und willkürlichen Auslegungen der deutschen Shakespeare-Kritik energische Opposition. Wie nach dieser Richtung hin das Buch eine sehr wohlthätige Wirkung üben wird, so empfiehlt es sich auch durch den Reichthum literarischer Nachrichten allen Shakespeare-Freunden als practisches Hand- und Nachschlagebuch. Es fällt in dieser Hinsicht eine entschiedene Lücke in der Shakespeare-Literatur aus.

(Erfurt) darüber, daß die Berliner Verbindungs-kasse den an sie gestellten Erwartungen noch nicht entspreche. So entwerfe ein großer Theil derselben noch des zweiten Geleises; auch die Personenbeförderung, auf die man mit Rücksicht auf die Wohnungsverhältnisse ein besonderes Augenmerk zu richten habe, lasse viel zu wünschen übrig. Eine engere Verbindung sei notwendig, so daß man beispielsweise vom Dönhofsplatz direct nach Lichterfelde fahren könne. Endlich sei es wünschenswerth, durch den Bau der wichtigen Straße zwischen Schöneberg, Charlottenburg und Moabit den Ring baldmöglichst zu schließen. — Der Handelsminister bemerkt, daß die zuletzt erwähnte Strecke in den Vorschlag bereits mit aufgenommen sei, daß er einer besonderen Bewilligung für dieselbe also nicht mehr bedürfe. Das zweite Geleise sei jetzt fast überall vollendet und was die Personenbeförderung betreffe, so beabsichtige man eine solche Verbindung, daß man von einer Station zur andern rings um die ganze Stadt herumfahren könne. — Zu Kapitel 13, Central-Verwaltung und Eisenbahn-Commissariate, beantragen die Commissarien die Regierung aufzufordern, dem Landtag noch in der gegenwärtigen Session ein Gesetz über die Organisation und rechtliche Stellung der Eisenbahn-Commissariate vorzulegen. — Abg. Hamacher motivirt den Antrag durch den Hinweis darauf, daß die im Interesse der Decentralisation und der Entlastung des Ministeriums notwendigen Mitteln der Eisenbahn-Commissariate bisher jeder gesetzlichen Grundlage entbehren. Der Handelsminister hält den Antrag für überflüssig, da er die Angelegenheit auch so im Auge behalten werde. Trotzdem wird der Antrag angenommen. — Zu der Position „fachliche und vermischte Ausgaben“ beantragt Abg. Thomsen die Regierung aufzufordern, in dem Etat jährlich die Zulagen und Remunerations nachzuweisen, welche die mit dem Bau von Staatsbahnen betrauten Staatsbeamten aus den Baufonds erhalten. Der Handelsminister bittet dringend, den Beamten die Remuneration nicht zu entziehen. Schon jetzt würden alle gut ausgebildeten Beamten durch die Privatverwaltungen und andere Unternehmungen, die bessere Besoldungen gewährten, aus dem Staatsdienste gezogen. Vermindere man die Einnahmen der Staatsbeamten noch weiter, so würden diese in helle Haufen den bisherigen Dienst verlassen. Eine Veröffentlichung dieser nur für besondere Verdienste gezahlten Remunerationen sei überdies abel, weil eine gegenseitige Controle der Beamten in dieser Beziehung nur Mithinhalten erzeugen würde. — Der Antragsteller erklärt, daß sein Antrag ebenso weit entfernt sei, die Remunerationen zu streichen, als der Regierung ein Mißtrauensvotum geben zu wollen. Er wünsche nur, daß diese Ausgaben zur Kenntniß der Landesvertretung gebracht würden. — Der Antrag wird mit großer Majorität verworfen.

Etat der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung. In der Generaldiskussion spricht Abg. Berger (Witten) Worte der Anerkennung für die Fortschritte in der Verwaltung dieses Etats und den allmählichen Verkauf aller nicht rentirenden fiskalischen Werke. Nur möge die Regierung dafür sorgen, daß die Werke nicht in den Händen irgend eines Gründungsagenten fallen. (Beifall rechts). Der Umfang dieses Gründungsfonds, der zu einer förmlichen Caution ausgearbeitet ist, kann in diesem Hause und vor dem Lande nicht scharf genug gekennzeichnet werden. — Der Staatsminister glaubt nicht erst versichern zu dürfen, daß er sich mit solchen Agenten und Beuten, deren Verzeichnung durch den Vorredner er gar nicht in den Mund nehmen will, nicht einlassen wird, sondern daß die Regierung sich vorbehält, in jedem einzelnen Verkaufsfalle sich lediglich nach den Umständen und der Conjectur zu richten. — Abg. Birchow: Der Herr Minister legt sich das Recht, Staatseigenthum zu verkaufen, willkürlich bei. Das Haus muß diese Frage nachstens einmal sehr ernsthaft vornehmen. Er soll doch das Gesetz aufzeigen, das ihn berechtigt, Staatseigenthum zu veräußern. (Hört.) — Handelsminister: Die Frage ist im Moment nicht zu erörtern; aber ich will sie nur umkehren und Herrn Birchow fragen, wo das Gesetz oder der Paragraph der Verfassung ist, der die frühere Praxis, mit der Veräußerung von Staatseigenthum vorzugehen, aufgehoben hat? Bis dahin ist meine Theorie zweifellos richtig. Ich möchte übrigens den Finanzminister bitten, auch seine Ansicht darüber auszusprechen. (Heiterkeit.) — Finanzminister: Der Abg. Birchow hat den Handelsminister wohl nicht richtig gedeutet, wenn er ihm bei diesem Anlaß eine Prüfung der constitutionellen Rechtsfrage unterlegt. Auf diese wird eine allgemeine Antwort nie zu finden sein; es empfiehlt sich daher, sie seitens der Landesvertretung nicht scharf zu behandeln, wie andererseits die Regierung sich der Ansicht des Hauses stets willfährig gezeigt hat und ihr jederzeit die gebührende Rücksicht erweisen wird. Daß einzelne Verkäufe der Genehmigung der Vertretung nicht bedürfen, ist von beiden Seiten des Hauses nie bestritten worden. Die Regierung veräußert Dienstgebäude und seit jährlich im Etat die Einnahme aus dem Verkauf von Domänen und Forsten an. Die einzelnen Verwaltungen sind darin sehr abhängig, jederzeit von der Zustimmung des Finanzministers und häufig sogar von der Genehmigung des Königs. Practisch ist die Sache nur einmal zur Sprache gekommen bei der Veräußerung des Antheils an der Köln-Mindener Bahn. Also lassen Sie uns diese Frage nicht so behandeln, daß sie zu Streit und Zank zwischen uns führt, sondern in jedem Fall in Ruhe und Frieden gelöst wird. (Beifall.) Nächste Sitzung Freitag.

Deutschland.

△* Berlin, 17. Jan. Ueber den Nachfolger des Kultusministers v. Mähler, von dessen Abschiedsgesuch heute auch die offizielle „Prov.-Correspondenz“ Notiz nimmt und der jetzt auf dem Lande Mühle hat, darüber nachzudenken, welches die Früchte seiner zehnjährigen Amtsthätigkeit für das Land und für ihn selbst hat, ist eine Entscheidung durch den Kaiser noch nicht getroffen. Geh.-Rath Falk bleibt indes nach wie vor der designirte Kultusminister und man zweifelt nicht daran, daß schon in den nächsten Tagen dem Abgeordnetenhaus die Mittheilung zugehen und die Vorlagen des Hrn. v. Mähler zurückgezogen werden — mit Ausnahme des Gesetzes über die Schulaufsicht, welches bekanntlich Hrn. v. Mähler seine Entstehung nicht verdankt und auf dessen Zustandekommen die Staatsregierung einen hohen Werth legt. Bei diesem Gesetze wird der neue Kultusminister sofort Gelegenheit haben, nach mehreren Richtungen hin bestimmte Stellung

zu nehmen. In der vorgelegten Form ist, wie wir das schon früher erwähnten, das Gesetz auch einem Minister gegenüber, der das Vertrauen der Landesvertretung besitzt, nicht annehmbar. Eine so unumschränkte Gewalt, die Aufsichtsborgane für alle Schulen im Lande und in allen Instanzen auszuwählen, kann man keinem Minister gewähren, es wird sich indes bei dem Willen der Majorität, die geistliche Schulaufsicht im Princip zu beibehalten, eine Fassung finden lassen, welche die bisherigen Rechte der Commune nicht beeinträchtigt und welche auch den Kreisen eine Mitwirkung bei der Bestellung der Aufsichtsborgane für die Schulen sichert. Vom Geh.-Rath Falk sagt man allgemein, daß er in dieser Richtung keine Schwierigkeiten erheben wird. Einer der letzten Acte des Mähler'schen Regiments ist die Antwort in der bekannten Studenten-Angelegenheit: „Ew. Wohlgeboren erwidere ich auf die Vorstellung vom 23. November pr., daß das Verfahren des hiesigen königlichen Universitätsgerichts gegen die Studirenden Waage und Aström dem bestehenden Rechte entspricht. Nachdem dieselben durch Urtheil des akademischen Senats vom 2. August pr. zu der Strafe des consilium abeundi verurtheilt waren, unterlagen sie den Bestimmungen des weber durch das Gesetz vom 1. November 1867 noch sonst aufgehobenen § 139. des Anfangs zum Allgemeinen Land-Recht, und der §§ 90, 92 Th. II. Tit. 12 ebenfalls. Daß Ihre Clienten zu sofortiger Abreise veranlaßt worden sind, ist in ihrem eigenen Interesse geschehen, weil sie andernfalls nach den angezogenen Gesetzen so lange hätten im Carcer bleiben müssen, bis ihre Eltern oder Vormünder anderweitige Verfügung über sie getroffen hätten. Daß sie das Gesez vorzögen, haben sie nicht zu erkennen gegeben. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- u. c.“ Ueber das Schicksal des Mähler- und Schlachtsteuergesetzes läßt sich nach den aus Abgeordnetenkreisen kommenden Mittheilungen noch nichts Bestimmtes sagen. So viel hat sich bis jetzt deutlich herausgestellt, daß man einig darin ist, nicht nur die Mähler-, sondern auch die Schlachtsteuer aufzuheben. Andererseits ist die Zahl derjenigen, welche der einfachen Streichung der Klassensteuern la. zustimmen, eine nicht sehr große; aus allen Theilen des Landes gehen den Abgeordneten Rathegebungen zu, welche diese Maßregel verwerfen. Ob man nun die zur Disposition stehenden Mittel wird verwenden wollen zum Erlaß einer Klassensteuerrate für mehrere der untersten Stufen pro 1872 oder zur Ueberweisung von Staatsmitteln an die bisher mähler- und schlachtsteuerpflichtigen Städte und an die Kreise, steht dahin. Sehr viel wird natürlich auf die Haltung der Regierung ankommen. — Heute hat die Budget-Commission das Gesetz über die Verwendung der 11½ Millionen Soller edite angenommen. Die Veranlagung wurde bekanntlich vor dem Weihnachtsest ausgesetzt, weil auf Antrag des Referenten mehrere Anträge an die Regierung gerichtet worden. Die Antwort lag heute der Commission vor. Sie geht im Wesentlichen dahin, daß als Ergänzung der durch das Reich bewilligten Retablissementsgelder für die Kreis- und Landwehrmänner noch eine mäßige Summe aus dem Hauptextraordinarium des preuß. Etats (dasselbe beträgt 400,000 M.) bewilligt werden soll, zu welchem Zweck eine Vorlage in d. efer Session gemacht werden wird, daß in Bezug auf den Umfang der von den Communen auf Grund des Gesetzes vom Mai 1851 gemachten Kriegseinsparungen noch Erwägung angestellt werden und daß, wenn die Gewährung eines Ersatzes angemessen erscheinen sollte, dieser durch das Reich zu gewähren wäre.

Auch von dem Rücktritte des Handelsministers Grafen Tscherning ist die Rede. Die Abwesenheit desselben vom letzten parlamentarischen Diner beim Fürsten Bismarck giebt diesem Gerüchte eine Unterlage. — Die „Prov.-C.“ stellt dem Landtage die Aussicht, bis Ende Februar zusammen zu bleiben. Die vorgelegte Kreisordnung soll auf jeden Fall noch perfect werden. — Die ministerielle „Prov.-Correspondenz“ bringt einen Artikel über die „Provinzial-Fonds“, welcher folgendermaßen schließt: „Möchten die Provinzen Behufs Organisation der Selbstverwaltung auf die Erhebung neuer Steuern verwiesen werden, so würde diese von vornherein in ihrer geistlichen Entwicklung gehemmt sein. Da aber nach der übereinstimmenden Auffassung der Staatsregierung die Einrichtung der Selbstverwaltung der Provinzen nicht minder in ihrem, wie im Interesse des Staates liegt, welcher nach der im Jahre 1866 eingetretenen bedeutenden Gebiets-Erweiterung einer Entbürokratisierung seiner Verwaltung auf die Dauer nicht entbehren kann, so liegt es auch in der Billigkeit, daß der Staat aus den ihm in den nächsten Jahren zu Gebote stehenden reichlicheren Mitteln den Provinzen diejenige finanzielle Beihilfe gewährt, welche sie zu einer ersprießlichen Förderung der ihnen auf dem Gebiete der communalen, wie der obrigkeitlichen Verwaltung zuzuwendenden Aufgaben bedürfen. In solchem Sinne hat der Minister des Innern jetzt die Zusage ertheilt, daß nach weiterer Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen Frankreichs den einzelnen Provinzen eigene Fonds für die Zwecke provinzieller Selbstverwaltung überwiesen werden sollen.“

Der Kronprinz hat den schwer kranken Justizminister Dr. Leonhardt besucht. Die Krankheitsart — wie man von Hrn. Stg. schreibt — in ein bedenkliches Stadium getreten. — Der „Tempo“ meldet: Angesichts der Drohung Preußens, eine Concurrenzlinie längs der Mosel zu bauen, mußte sich die Luxemburger Regierung bequemen, ihre Eisenbahnen einer deutschen Gesellschaft anzuvertrauen und derselben ein Minimal-Erträgniß zu garantiren.

Hr. v. Mähler hat sich auf das Land begeben und wartet dort den Ausgang ab. — Die ersten deutschen 20-Markstücke circuliren gegenwärtig schon in größeren Mengen in dem hauptstädtischen Verkehr, und haben sich in der That ihrer Leichtigkeit und Handlichkeit wegen schnell eine gewisse Beliebtheit erworben. Leider aber ist die äußere Ausstattung dieser Münze eine derartige, daß Preußen alle Ursache hat, sich ob solcher Leistung seiner Berliner Münze vor ganz Deutschland zu schämen. Die „B. B.“ will davon absehen, daß die neuen Münzen sich nicht rühmen dürfen, ein wohlgetroffenes Bildniß des deutschen Kaisers zu bringen, denn die Rürze der der Münze gelassenen Zeit mag Vieles entschuldigen, obgleich auch schon hier die Behandlung des Kopf- und Bartbaars über das entzwickbare Maß hinausgegangen scheint. Aber wirklich bewundernswürdig ist der Rand der neuen

Münzen! So ungefähr denken wir uns das Aussehen einer Goldmünze, die ein Grobschmidt abgefeilt. Die beiden letzten Buchstaben des Sages: „Gott mit uns“ sind nicht zu lesen. Wenn wir solche Münzen hinausgeschicken in alle Welt, um das Evangelium zu predigen von dem neuen Reiche, so werden wir demselben mehr Hohn und Spott, denn Respekt erwecken.

Der hiesige Verein für Freiheit der Schule hat dem Abgeordnetenhaus eine gedruckte, 40 Seiten nebst 10 Anlagen umfassende Petition, betr. die Errichtung einer Privat-Elementarschule ohne Religions-Unterricht in Berlin, zugelegt. Die Petition weist zunächst auf die Mängel bei Ertheilung eines dogmatischen, mit anerkannten naturwissenschaftlichen Wahrheiten im Widerspruch stehenden Religionsunterrichts hin und sodann auf die hieraus entspringende Nothwendigkeit der Errichtung einer Privat-Elementarschule in Berlin, bei welcher überhaupt die Ertheilung eines Religions-Unterrichts nicht stattfinden, sondern den Eltern und Erziehern überlassen bleiben soll, diesen Unterricht ihren Kindern durch Prediger ihrer Confession oder sonst wie ertheilen zu lassen.

* Prediger Disco ist zur Verantwortung gezogen worden, weil er im Unionsverein mit Bezug auf das sogenannte apostolische Bekenntniß gesagt: „Wie kann ein gebildeter Mensch nach den heutigen Culturbegriffen die Stelle, wo es von Christus heißt: „niedergefahren zur Hölle“, wörtlich glauben? Nur auf den wörtlichen Inhalt dieses Glaubensbekenntnisses hin wird aber heutzutage ein Geistlicher angestellt, und die maßgebende Richtung verdammt jeden Geistlichen und erklärt ihn für unfähig zur Verwaltung seines Amtes, der sich dazu (inclusive Hölle und Teufel) nicht strikte bekennt.“

General-Postdirector Stephan begiebt sich in den nächsten Tagen zum Abschluß des Postvertrages mit Frankreich nach Paris.

In dem Wahlbezirk Warburg-Höxter ist in Stelle des clericalen Reg.-Assessor Rintelen, der sein Mandat niedergelegt, der clericaler Kreisrichter Engels in das Abgeordnetenhaus gewählt worden.

Die Brigg „Musquito“ ist auf der Rheide von Funchal, Madeira, am 5. Januar angekommen. — Das Commando der Corvette „Nympha“ beabsichtigt, am 21. November 1871 von der Capstadt nach Melbourne in See zu gehen.

Darmstadt, 14. Jan. Heinrich v. Gagern, bisher bessischer Gesandte in Wien, ist pensionirt worden.

Dresden 17. Januar. Nach einer dreitägigen Debatte ist heute die Vorberatung des Verwaltungsorganisationsgesetzes geschlossen und das letztere an die betreffende Deputation zur weiteren Prüfung und Berichterstattung verwiesen worden. Der Minister des Innern hat heute nochmals mehreren Rednern der Rechten gegenüber mit Entschiedenheit für die betreffende Vorlage ein und es scheint die Ansicht begründet, daß das Gesetz seiner Zeit durch eine starke Mehrheit werde angenommen werden.

Oesterreich.

Der Wiener Correspondent der „Magd. Stg.“ schreibt darüber u. A.: „Erlauben Sie mir Ihren Lesern ein paar haarsträubende Proben von der Art der Opposition, mit welcher unsere Regierung zu kämpfen hat, und von den Werkzeugen, die ihr zur Bekämpfung derselben zu Gebote stehen, mitzutheilen: In Prag zeigen die Wochenblätter an, daß das kaiserliche Rescript vom 12. September, welches das böhmische Staatsrecht anerkennt, „auf welchem Papier in Octavoformat, hundert Stück an einen Gaben gerichtet, um 5 Kreuzer“ mit der Unterschrift des Kaisers, aber ohne die Contrasignatur Hohenwarts zu haben ist. In Melnik bringt ein l. l. Bezirkshauptmann Brunner bei einem öffentlichen Bankete einen Toast auf den Fürsten Lobkowitz, derzeitigen Oberlandmarschall des Hohenwarter'schen Landtages, und auf den „ersten Cavalier des czechischen Volkes“ aus, der geschworen hat, bis zum Verlus der Güter und des Halses das böhmische Staatsrecht zu verteidigen. In Tirol begünstigen die Geistlichen sich schon nicht mehr, gegen die liberalen Zeitungen zu donnern, sondern der Pfarrer v. Brunnek im Pustertal unterjagt seiner Herde von der Kanzel herab bei Strafe der Excommunication auch das Lesen des „Tiroler Boten“, d. h. des amtlichen Blattes, in dem alle Regierungserlasse erscheinen.“

Wien, 17. Jan. Das Abgeordnetenhaus genehmigte in seiner heutigen Sitzung den Telegraphenvertrag mit Deutschland in zweiter Lesung. — In den Club der Verfassungspartei sind bisher 88 Abgeordnete eingetreten. Die Minister, welche dem Abgeordnetenhaus angehören, sind demselben nicht beigetreten, stehen jedoch mit ihm in ununterbrochener Verbindung.

Pest, 17. Jan. „Pesti Naplo“, „Pester Lloyd“ und die „Reform“ erklären übereinstimmend, daß den ihnen aus Agram zugehenden Nachrichten zufolge der Ausgleich mit der kroatischen Nationalpartei als gesichert anzusehen sei und verlangen sofortige Auflösung des kroatischen Landtages.

Frankreich.

Paris, 15. Jan. Die Regierung hat heute Nacht von dem Unterpräfekten in Ruvellie Nachricht von einem blutigen Conflict erhalten, der gestern in dieser Stadt zwischen Einwohnern und preussischen Soldaten stattgefunden hat. Details fehlen bis heute Mittag, indessen hatte sich Casimir Perier bereits, dem heutigen Vorfrüh als eine vorläufige Mittheilung zu machen mit dem Hinzufügen, daß er sofort Befehl zur Ergreifung der energischsten Maßregeln ertheilt habe. In Ruvellie steht das 1ste Bataillon des 91sten (Obern.) Inf.-Regiments, das 14. (Hannov.) U.-Regiment und wenn ich nicht irre, das 5. (Blaue) Inf.-Regiment. Die Beziehungen dieser Truppen zu den Einwohnern waren bis dahin ausgezeichnet und mit Ausnahme eines unbedeutenden Voralles war dies gute Einvernehmen bisher nie gestört worden.

16. Januar. Viele Handelskammern haben Adressen gegen Einführung der Besteuerung von Rohstoffen an die Regierung gerichtet. (W. L.)

Russland und Polen.

Ueber die bereits früher erwähnte projectirte Reform der geistlichen Gerichtsbarkeit erzählt man jetzt folgendes Weitere: Die geistliche Jurisdiction wird drei Instanzen haben: geistliche Richter, Diöcesengerichte und die Justizabtheilung des Synods. Die geistlichen Richter werden den Friedensrichtern gleichgestellt werden; sie werden von den Geistlichen ihres Gerichtsbezirks gewählt werden um über Vergehen geringerer Art abzuurtheilen. Alle Erzpriester und Priester, die das 30. Lebensjahr erreicht haben, können zu Richtern gewählt werden. — Diöcesengerichte

werden in jeder Diöcese eingerichtet werden und aus drei Richtern bestehen, die von Delegirten der Diöcese auf sechs Jahre, und zwar sowohl aus der Welt, als aus der Klostergeistlichkeit gewählt werden; jedoch müssen dieselben entweder eine geistliche Academie besucht, oder den Seminar-Cursus absolvirt und darauf wenigstens fünf Jahre lang Priester gewesen sein. — Die Justizabtheilung des Synods wird aus sechs Gliedern, vier Erzbischöfen und zwei Priestern bestehen. Dieselben werden vom Kaiser ernannt. Die höchste Appellations-Instanz bildet das Plenum des Synods. Die geistlichen Richter genießen dieselben Rechte, wie die Civilrichter; die Gerichtsverhandlungen werden mit Ausnahme besonderer Fälle öffentlich sein. Der Generalprocurator des heiligen Synods hat das Recht der Controle über die geistlichen Gerichte, wie der Justizminister über die weltlichen.

Italien.

Rom, 17. Januar. Seitens der königl. Regierung ist ein höherer Beamter des Finanzministeriums nach Versailles geschickt worden, am dort wegen der Steuer, welche die französische Regierung von der italienischen Rente zu erheben beabsichtigt, Verhandlungen einzuleiten. Die vorgeschlagene Gewerbesteuer anlangend, so verfährt die „Rivista“, daß der Finanzminister Sella auf deren Annahme nicht bestehen werde, sobald ein anderes Aequivalent dafür gefunden sei. — Der König hat den kaiserlichen österreichischen Gesandten, Fhrn. v. Kübel, zu Ueberreichung seines Abberufungsschreibens empfangen.

Spanien.

Die im Ministerium über die Frage der Neubewegung des Gouverneur-Postens von Cuba entstandenen Unstimmigkeiten sind nunmehr beseitigt worden und die in auswärtigen Blättern enthaltenen Nachrichten lassen durchblicken, daß der bisherige Generalcapitän möglicher Weise auf seinem Posten verbleiben dürfte. Zugleich wird eine Rundgebung des Ministeriums über die fernere einzuführende Politik angekündigt. Die Regierung beginnt damit, sich auf die parlamentarische Session vorzubereiten, welche wohl angefangen der tiefgehenden Spaltungen vom Könige diesmal nicht persönlich eröffnet werden wird. Wie einzelne Blätter mittheilen, gewinnt die Ansicht einiger Freunde der Regierung, daß es vor Allem darauf ankomme, eine starke Regierungspartei in den Kammern zu bilden, immer mehr Boden. Eine solche dürfte allerdings auch um so nöthiger sein, als bei der jetzigen Lage der Dinge, in welcher die Parteien Borilla und Sagasta einander die Waage halten und somit beide gleich regierungsunfähig bleiben, der Ausbruch stets bei den extremen Parteien, den Carlisten und den Radicales liegt, welche somit thatsächlich Herren der Geschicke Spaniens sind. Der Wunsch des Königs, eine starke Regierungspartei gebildet zu sehen, entspricht also lediglich der Würde des Landes selbst.

Amerika.

Washington, 17. Jan. Der oberste Gerichtshof hat sich mittelft nochmaliger Entscheidung für die vollkommene Verfassungsmäßigkeit der Legal-Tender-Acte ausgesprochen. (W. L.)

Danzig, den 18. Januar.

* Die glänzenden Resultate, welche durchschnittlich die See-Versicherungs-Gesellschaften ergeben, haben den „Danziger Bank-Verein“ und die hiesige Filiale der „Internationalen Handels-Gesellschaft in Berlin“ veranlaßt, die Gründung einer Versicherungs-Gesellschaft gegen See- und Stromgefahr, welche den Namen „Germania“ führen soll, in die Hand zu nehmen. Es ist als Grundkapital 1 Mill. M. dazu bestimmt worden und sind bereits sehr bedeutende Anmeldungen zur Vetheiligung bei diesem Unternehmen eingegangen; es steht zu erwarten, daß mit demselben in Kurzem an die Öffentlichkeit getreten wird. Die Theilnahme einer großen Anzahl hiesiger und auswärtiger Firmen, welche in ihren eigenen Versicherungen schon ein bedeutendes Geschäft zuführen werden, ist gesichert und bürgt um so mehr für die Prosperität der Gesellschaft, als unsere Provinz noch kein See-Versicherungs-Institut besitzt.

* Zur Würdigung des dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Schulaufsichtsgesetzes theilt der „Graud.“ aus dem ersten Abschnitt der „Anweisung für die Local-Schulaufsicht in der Provinz Preußen, in Gemeinschaft mit den k. Regierungen entworfen von dem K. Pro.-Schulcollegium und genehmigt vom Herrn Minister der geistlichen u. Angelegenheiten durch Rescript vom 27. December 1870“ folgendes mit: „Die rechte Auffassung der Schulaufsicht und treue, gewissenhafte Erfüllung aller dazu gehörenden Pflichten und Geschäfte läßt sich nur erwarten, wenn dieselben nicht als äußerlich des geistlichen Amtes liegend und etwa als lästige, unvermeidliche Zugabe zu demselben, sondern als ein überaus wichtiger und zu demselben notwendig gehörender Theil angesehen werden, da die Schule die Pflanzstätte der künftigen Gemeinde und der Lehrer der Pfleger derselben ist, und die Liebe und Sorgfalt, welche von dem Geistlichen diesem Theile seiner Gemeinde zugewandt wird, nicht minder notwendig ist, als diejenige, welche er den Mündigen zu widmen hat.“ Man sieht daraus, daß außer Hrn. v. Mähler noch mancher Andere wird zurücktreten müssen, wenn es in unserer Unterrichts-Verwaltung besser werden soll.

* Zu gestern Abend waren diejenigen Herren, welche sich der Verbreitung der Petition in Betreff der evangelischen Kirchenverwaltungs-Angelegenheit unterzogen haben, von dem Comité zu einer Zusammenkunft in das Gemeindegewand gekommen, um das Resultat der Unterschriften-Sammlung festzustellen. Da noch viele Exemplare der Petition zur Unterschrift circuliren, ließ sich eine Gesamtziffer noch nicht aufstellen, die bereits eingegangenen Unterschriftenbogen enthielten weit über 2000 Unterschriften. Um diese Petition aber zu einer Massenpetition zu gestalten, wurde beschlossen, für dieselbe noch während dieses Monats weitere Unterschriften zu sammeln und sie erst Anfangs Februar an den Magistrat gelangen zu lassen. Es wäre wünschenswerth, wenn die evangelischen Gemeinden nicht darauf warteten, bis ihnen die Liste ins Haus gebracht wird, sondern daß sie sich selbst bemühen, beim Comité die Eintragung ihrer Namen zu veranlassen.

* [Schwurgerichtsverhandlung am 17. d.] Am 8. März v. J. entbedte der Juppelot des Gutsherrn Allan, Eisenberg, daß zu Lissa aus dem verschlossenen Spindel des Allan und zwar durch Nachschlüssel 19 Scheffel Roggen in vorvergangener Nacht gestohlen waren, ebenso 4 Säde. Die aufgefundenen Spuren deuteten darauf hin, daß der Diebstahl durch mehrere Personen verübt und zum Transport des gestohlenen Getreides ein mit 2 Pferden bespannter Wagen gebraucht worden war. Diese Wagenpaur war bis auf das Gehöft der Wittne Balk in Goshin zu verfolgen. Bei einer der letzten vorgenommenen Nachsuchung fand man auf dem Hofe einen Arbeitswagen stehen, auf welchem 3 Säde mit Getreide lagen. Der eine der Säde gehörte dem Arbeiter Stielau in Goshin. Die

* Wie wir erfahren, hat Hr. W. Willers von hier das abl. Rittergut Kl. Kelpien, hart an der Danziger Carlshauer Straße gelegen, käuflich erworben und beabsichtigt dieselbe dort große industrielle Anlagen ins Werk zu setzen. Namentlich soll ein bedeutendes Lager von Eisenerzen sich vorgefunden haben, welches ausbeutet werden soll.

* Die Fütterung der großen Schlangen hatte gestern ein sehr zahlreiches Publikum in die Kreuzberg'sche Menagerie geführt, welches den Produktionen in den Thieren lebhaften Beifall schenkte. Die Fütterung gelang jedoch nur theilweise, da nur die eine Schlange nach dem nöthigen ein lebendes Kaninchen verpestete, während die andere und bedeutend größere, trotzdem ihr lebende Kaninchen, Fühner, Enten und Tauben angeboten wurden, noch keine Lust zum Freßten bezeugte. In den nächsten Tagen wird der Versuch ihrer Fütterung, voraussichtlich mit besserem Erfolge, wiederholt werden.

* Die Diebe, welche den Einbruch in die in der Johannsstraße belegene Fleischhude des Fleischermeisters Samorek! versucht haben, sind in den Arbeitern Neuwelt, Schmolt und Paulverewski von der Polizei ermittelt worden.

* In der Wohnung des Schankwirths B. in der Dienersgasse ist gestern Abend, während B. und dessen Frau sich in dem in der Nahtaufhengasse belegenen Geschäfte befanden, mittelst Einbruchs ein bedeutender Diebstahl angefaßt worden. Die Diebe haben die Thüre zur Wohnung sowohl wie das in derselben stehende Glaspinn und eine Kommode erbrochen und 200 R. bares Geld, 2 goldene Armbänder im Werthe von 40 R., 8 silberne Eßspöfel im Werthe von 20 R., 6 silberne Theelöffel im Werthe von 6 R., einen goldenen Trauring und ein Openglas gestohlen.

* Am 11. Abends brannte die große, dem Eigenthümer Rüssel gehörige Scheune in Ora vollständig nieder. Gestern hat sich der Arbeiter Mutowski mit der Angabe bei dem ländlichen Polizeiamte gemeldet, daß er, weil er obdachlos und ohne Erntemittel sei, die Scheune des R. in Brand gesetzt habe, um dadurch

Berliner Fondsbörse vom 17. Jan.

Eisenbahn-Actien.		Dividende	
Aachen-Mastricht	3 4	52 1/2	b
Berlin-Märk. A.	4	143 1/2 - 144 1/2	b
Berlin-Anhalt	16 4	256 1/2	b
Berlin-Hamburg	10 4	170 1/2	e b u
Berl.-Potsd.-Magdeb.	20 4	226 1/2	b u
Berlin-Stettin	9 4	172 1/2	b u
Bresl.-Schweid.-Freib.	7 4	129 1/2	b
Coln-Minden	10 4	182 1/2	b
Magdeb.-Halberstadt	8 4	154 1/2	b
Magdeb.-Leipzig	12 4	226 1/2	b
Nieder-Rhein-Märk.	4 4	—	—
Nieder-Rh. Zweigbahn	6 4	105 1/2	e b u
Ober-Rh. Litt. A u. C.	12 3	216 1/2	b
dc. Litt. B.	12 3	192 1/2	b
Str. Südb. St.-Pr.	—	5	72
Hessische	8 4	163 1/2	b u
do. St.-Pr.	8 4	—	—
Rhein-Nahebahn	—	4	42
Argardt-Boier	4 4	100	e b u

Dividende	
Thüringer	—
Amsterd.-Amst.	—
Böhm. Westb.	—
Ludwigsh.-B.	—
Maina-Ludwigsh.	—
Deft.-Franz.-J.	—
Rußl. Staatsb.	—
Südböhm. B.	—
Priorität	—
Kursl.-Charlottenb.	—
Kursl.-B.	—
Bantl.	—

Dividende	
Berlin. Kass.	—
Berlin. Hann.	—
Danziger Pa.	—
Danzig. Priv.	—
Danzig. Hyp.	—
Disc. Comm.	—
Goth. Grundb.	—
Bomm. Svvoet	—

Redaction, Druck und Verlag von
A. W. Rasemann in Danzig.